

Sozialdemokratische Industriepolitik

Impulse für Deutschland 2020 //

WWW.SPDFRAKTION.DE

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
TEXT: CHRISTIANE WEIHE
REDAKTION: DIRK VON DER HUDE, STEFAN HINTERMEIER

ERSCHIENEN: FEBRUAR 2012
GESTALTUNG: WEGEWERK

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLIESSLICH DER
INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG
VERWENDET WERDEN.

UNSER PROJEKT HEISST ZUKUNFT



Sozialdemokratische Industriepolitik

Impulse für Deutschland 2020

.....

4 GRUSSWORT
Dr. Frank-Walter Steinmeier

6 VORWORT
Hubertus Heil und Garrelt Duin

8 INDUSTRIE IN DEUTSCHLAND
Situation und politische Herausforderungen

13 INTEGRIERT, INNOVATIV, NACHHALTIG
Sozialdemokratische Industriepolitik

17 IMPULSE FÜR DEN STANDORT DEUTSCHLAND
Sozialdemokratische Forderungen

18 INVESTITIONEN UND INFRASTRUKTUR
Standortbedingungen verbessern

20 FACHKRÄFTE UND BILDUNG
Potenziale sichern

23 UNTERNEHMENSVERANTWORTUNG UND BETEILIGUNG
Arbeitswelt gestalten

26 ENERGIE UND ROHSTOFFE
Versorgung gewährleisten

29 TECHNOLOGIE UND INNOVATION
Fortschritt ermöglichen, Mittelstand stärken

31 ABSTIMMUNG UND ZUSAMMENFÜHRUNG
Politik koordinieren

Grußwort



Dr. Frank-Walter Steinmeier, MdB
(Foto © David Ausserhofer)

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

durch die stürmischen Zeiten der gegenwärtigen Schulden- und Finanzmarktkrise ist Deutschland besser als viele europäische Nachbarn gekommen: Die Arbeitslosigkeit ist gesunken, mit mehr als 41 Millionen Menschen in Arbeit haben wir Rekordbeschäftigung. Das darf uns allerdings nicht zu Hochmut verleiten, vielmehr verpflichtet es uns zu klugem Handeln.

Ein wesentlicher Grund für unseren Erfolg ist Deutschlands starke industrielle Basis. Das Geheimnis unserer robusten Volkswirtschaft steckt im Zusammenspiel zwischen Industrieunternehmen, innovationsstarkem Mittelstand und den damit verflochtenen Dienstleistungen. Kein anderes Land in Europa verfügt über eine so vollständige Wertschöpfungskette. Diese Wirtschaftsstruktur hat die SPD immer verteidigt und ausgebaut.

Wir brauchen auch in Zukunft eine starke Industrie – rund jeder dritte Arbeitsplatz in unserem Land hängt an der Entwicklung industrieller Wertschöpfung. Doch die deutsche Industrie steht vor grundlegenden Herausforderungen: Internationalisierung, Demografie, Rohstoffverknappung, Klimawandel und technisch-wissenschaftlicher Fortschritt prägen den Strukturwandel. Wirtschaft, Gesellschaft und Politik müssen deshalb jetzt die Weichen für eine Modernisierung stellen. Eine Wirtschaft der Zukunft braucht eine Industrie der Zukunft.

Uns geht es dabei vor allem auch um einen neuen gesellschaftlichen Konsens, der die Bedeutung der Industrie als Fundament für wirtschaftlichen Erfolg und Arbeitsplätze wieder stärker in das öffentliche Bewusstsein ruft. Wir brauchen eine neue öffentliche Akzeptanz für notwendige Infrastrukturprojekte.

Mit dem Positionspapier zur sozialdemokratischen Industriepolitik vom Januar 2012 setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion ambitionierte Ziele zur Modernisierung der Industrie. Es ist das Ergebnis eines intensiven Dialogs mit Unternehmen, Gewerkschaften und Verbänden, den wir in den vergangenen Monaten geführt haben. Die SPD-Bundestagsfraktion wird den Diskurs über die notwendige Modernisierung der Industrie weiterführen, damit Deutschland auch im Jahr 2020 ein wirtschaftlich erfolgreicher Industriestandort ist.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "Frank-Walter Steinmeier".

Dr. Frank-Walter Steinmeier, MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Vorwort



Hubertus Heil, MdB
(Foto © Frank Ossenbrink)



Garrelt Duin, MdB
(Foto © Frank Ossenbrink)

Windräder brauchen auch Stahl. Ein Bild wie gemalt für das industriepolitische Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion vom Januar 2012. Das Bild steht für saubere Energie, Klimaschutz und beständige technische Erneuerung. Es frischt die Idee des technischen Fortschritts im besten Sinne wieder auf. Es stützt auch unsere Idee einer integrierten Industriepolitik. Wir bringen alte und neue, hand-feste und digitale Industrie zueinander, spielen sie nicht gegeneinander aus. Denn wir brauchen beide.

Die Wirklichkeit hat eine neue Seite der Industrie aufgeschlagen – ökonomisch effizient, ökologisch nachhaltig. Dabei geht es auch darum, die Arbeitswelt von morgen zu gestalten. Wir wollen die Industrie durch den aufgewerteten Faktor Arbeit stabilisieren und zukunftsfest machen.

Die Industrie schöpft immer noch fast ein Viertel unserer Werte. Um Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern, führt kein Weg an einer leistungsfähigen Industrie vorbei. Ohne sie braucht auch keiner die vielen branchengebundenen Dienstleistungen, gleichzeitig braucht eine erfolgreiche Industrie die Wissensgesellschaft.

Wir Sozialdemokraten wollen für diesen Weg die kreativen Köpfe in Industrie, Dienstleistungen und Wissenschaft gewinnen – und die Menschen an unserer Seite haben, die täglich mit ihrer Arbeit zu einem starken und zukunftsfesten Standort beitragen.

Hubertus Heil, MdB
Stellvertretender Vorsitzender
der SPD-Bundestagsfraktion

Garrelt Duin, MdB
Wirtschaftspolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

INDUSTRIE IN DEUTSCHLAND

Situation und politische Herausforderungen

Deutschland ist ein Industrieland. Die industrielle Produktion ist eine der tragenden Säulen unseres Wachstums: Sie macht knapp ein Viertel der deutschen Bruttowertschöpfung aus – weit mehr als in vergleichbaren Volkswirtschaften. Die deutsche Industrie mit einem starken Mittelstand schafft das Fundament für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze. Aufgrund seines starken industriellen Kerns konnte Deutschland zudem die Wirtschafts- und Finanzkrise gut bewältigen.

Industrie und Wohlstand

Unser Wohlstand hängt in hohem Maße vom verarbeitenden Gewerbe ab. Das gilt für die großen Beschäftigungseffekte der Exportwirtschaft und die öffentlichen Einnahmen zur Finanzierung staatlicher Aufgaben ebenso wie für die Bereiche Forschung und Entwicklung (FuE) sowie viele Dienstleistungen. Zwei Zahlen verdeutlichen dies eindrucksvoll: Die Industrie tätigt etwa drei Viertel der Exporte und knapp 90 Prozent der FuE-Aufwendungen der deutschen Wirtschaft.



Branchen und Arbeitsplätze

Eine tragende Rolle spielt die deutsche Industrie auch in punkto Beschäftigung – zusammen mit den produktionsnahen Dienstleistungen hängen etwa 60 Prozent aller Arbeitsplätze hierzulande direkt oder indirekt von der industriellen Produktion ab. Das heißt konkret: Fünf Millionen Beschäftigte zählten die Betriebe des verarbeitenden Gewerbes mit 50 oder mehr Beschäftigten Ende September 2010. Die meisten von ihnen waren im Maschinen- und Fahrzeugbau, bei der Herstellung von Metallerzeugnissen oder elektrischen Ausrüstungen, in der Nahrungsmittel- sowie der Gummi- und Kunststoffwarenbranche und in der chemischen Industrie tätig.

Obwohl die Zahl der einfachen Industriearbeitsplätze rückläufig ist, ist Einfacharbeit kein Auslaufmodell: 22 Prozent der Industriearbeitsplätze waren laut Mikrozensus 2007 relativ einfache Routineaufgaben, die keine Berufsausbildung und nur kurze Einarbeitungszeit benötigen. Leih- und Teilzeitarbeit sowie geringfügige Beschäftigung und Werkverträge nehmen zu. Die überwiegende Zahl der Arbeitsplätze ist aber unbefristet, also nicht prekär.

Herausforderungen für die Zukunft

Auch in Zukunft braucht Deutschland eine starke Industrie – denn sie ist die Basis einer wissensintensiven und wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Doch sie steht vor großen Herausforderungen: Neben der Globalisierung sowie der Rohstoff- und Flächenverknappung, der Notwendigkeit technologischer Innovationen und der demografischen Entwicklung muss sich die Industrie auch dem Umwelt- und Klimaschutz sowie ambitionierten, nationalen Klimazielen stellen.

Weitere Herausforderungen zeigen sich mit Blick auf die Finanzmärkte: Ihre Funktionsfähigkeit ist zentrale Voraussetzung für Investitionen und eine leistungsfähige Industrie. Wir brauchen seriöse, nachhaltig funktionierende Finanzmärkte, die solide Finanzierungen und transparente Anlagemöglichkeiten bieten. Ungezügelter Spekulationen jedoch haben in den vergangenen Jahren große Schäden angerichtet. Daher müssen die Finanzmärkte reformiert und neu geordnet, ihre Akteure und Produkte reguliert werden.

Ein Wachstum, das durch den Raubbau an Ressourcen dem zukünftigen Wohlstand die Grundlage entzieht, wenige bereichert und immer mehr Menschen außen vor lässt, wurde durch die Finanzkrise in Frage gestellt. Daher braucht es neue Ziele und Maßstäbe des Wirtschaftens – und einen klaren Fokus auf nachhaltige Lebensqualität und gesellschaftlichen Fortschritt.

.....

Das öffentliche Bewusstsein

Trotz ihrer Bedeutung für Wohlstand und Beschäftigung ist die wichtige Rolle der Industrie zunehmend aus dem öffentlichen Bewusstsein geraten. Wir brauchen daher einen Diskurs über eine zukunftsorientierte Industrie – ihre Rolle, ihr Selbstverständnis und ihre gesellschaftliche Akzeptanz. Dabei muss auch verdeutlicht werden, dass industriepolitische Entwicklung und die deutsche Verantwortung für mehr Umweltschutz, Energieeffizienz, Nachhaltigkeit und die Begrenzung des Klimawandels kein Gegensatz sind, sondern einander bedingen.

.....

Industriepolitik – in Europa und auf globalisierten Märkten

Die weltumspannende Arbeitsteilung nimmt zu. Die nationalen Sektoren und Industrien stehen in Wechselwirkung mit der übrigen Welt. Vor diesem Hintergrund braucht es zunehmend auch eine europäische Industriepolitik. Deutschland wird nur dann einen wirtschaftlichen Vorsprung haben, wenn es Infrastruktur, Energie, Produkt- und Produktionsbasis nachhaltig ausrichtet, den Wohlstand der Gesellschaft erhält und dabei gleichzeitig Lösungen für nachholende Nationen entwickelt.

.....

Verarbeitendes Gewerbe und Bergbau,
Deutschland, 2010

681 Mrd. Euro

Auslandsumsatz, Exporte

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

INTEGRIERT, INNOVATIV, NACHHALTIG

Sozialdemokratische Industriepolitik

Modern und zukunftsorientiert – das muss Industriepolitik für Deutschland sein. Das Chaos und die Handlungsverweigerung der Bundesregierung sind ein Zukunftsrisiko. Wir müssen der Industriepolitik einen besonderen Stellenwert einräumen. Wer Arbeitsplätze und Vollbeschäftigung schaffen und die industrielle Wettbewerbsfähigkeit stärken will, braucht eine aktive Industriepolitik. Eine Politik, die klassischen Schlüsselbranchen ebenso gerecht wird wie grünen Zukunftstechnologien.

Eine zukunfts- und wettbewerbsfähige Industrie braucht klare Rahmenbedingungen und politisch gesetzte Anreize. Denn allein über das Marktgeschehen können sich gerade Schlüsselinnovationen nicht durchsetzen. Zunehmende Eingriffe durch Kartelle und nicht zuletzt die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise zeigen, dass Märkte Regeln brauchen und Anreize für Modernisierungsinvestitionen gesetzt werden müssen.

Integrierte Industriepolitik

Industriepolitik ist für uns eine Querschnittsaufgabe zugunsten des verarbeitenden Gewerbes und die Brücke zwischen unterschiedlichen Politikfeldern zur Schaffung industriefreundlicher Rahmenbedingungen. Sie sollte Politik in den Bereichen Standort und Wettbewerb, Arbeitsmarkt und Bildung, Umwelt, Energie und Technologie, Mittelstand sowie Europa und Außenwirtschaft verbinden. Denn nur eine integrierte Industriepolitik kann dem Strukturwandel gerecht werden und unsere Industrie zukunftsfähig machen. Nur eine solche Politik schafft die notwendigen Rahmenbedingungen für die Modernisierung klassischer Industriezweige ebenso wie für Zukunftsindustrien.

Die Arbeitswelt im Fokus

Den aktuellen Erfolg der deutschen Industrie verdanken wir den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, ihrer Kreativität und ihrem Engagement. Daher stehen sie im Vordergrund der sozialdemokratischen Industriepolitik. Eine Kooperation der kreativen Köpfe in Industrie, Dienstleistungen und Wissenschaft ist entscheidend für den Standort Deutschland.

Die Arbeitswelt verändert sich – über wirtschaftlichen Erfolg und berufliche Perspektiven entscheiden zunehmend Wissen und Information. Die Neubewertung der Arbeit ist damit eine Schlüsselfrage von morgen. Zukunftsorientierte Industriepolitik muss daher die Industrie durch den aufgewerteten Faktor Arbeit stabilisieren und zukunftsfähig machen. Sie muss sich am Leitbild der „Guten Arbeit“ orientieren – so wie gute Arbeitspolitik am Leitbild einer innovations- und qualifikationsorientierten Industrie.

.....

Industrie und Dienstleistungen

Industrie und Dienstleistungen sind die Basis für unsere wirtschaftliche Stärke. Und sie sind eng verbunden: Der Ausbau moderner Industrien braucht hochwertige Dienstleistungen; ein großer Anteil der Dienstleistungswirtschaft wiederum wäre ohne die starke industrielle Produktion nicht denkbar. Eine aktuelle Prognose-Studie zur wirtschaftlichen Entwicklung bis 2020 sagt sogar, dass die Trennung in die Sektoren Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen aufgrund der hohen Vernetzung aufgegeben werden müsse. Und tatsächlich: Eine Differenzierung zwischen Industrie und Dienstleistungen wird immer schwerer. Wertschöpfung entsteht zunehmend im Zusammenspiel. Es stellt sich die Frage: Ist die fördertechnische und -politische Sektorenunterscheidung noch zu halten?

.....

Innovationen, Kreativität – und Verlässlichkeit

Technologische Innovationen sind unverzichtbar für gute Arbeit, Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltigen Wohlstand. In industriellen Kernbereichen wie der Energieerzeugung und -verwendung sowie der Stoffnutzung sind jedoch revolutionäre Technologiesprünge notwendig. Daher muss Deutschland die Idee des technischen Fortschritts wiederentdecken. Darüber hinaus wollen wir die Kreativität fördern, die aus dem Wettbewerb zwischen Unternehmen um bessere Produkte und Lösungen entstehen kann. Denn sie ist die Grundlage für die Dynamik der Wirtschaft.

Vergessen werden darf dabei nie, dass viele Innovationen und der Erfolg grüner Technologien ohne die Stärke traditioneller Industriezweige nicht denkbar wären. Branchen wie z.B. der Maschinen- und Anlagenbau, die Chemie, die Elektrotechnik oder der Automobilbau bilden das Rückgrat der Wirtschaft. Auch diese klassische Industrie braucht verlässliche Rahmenbedingungen sowie eine nachhaltige, bezahlbare Energieversorgung.

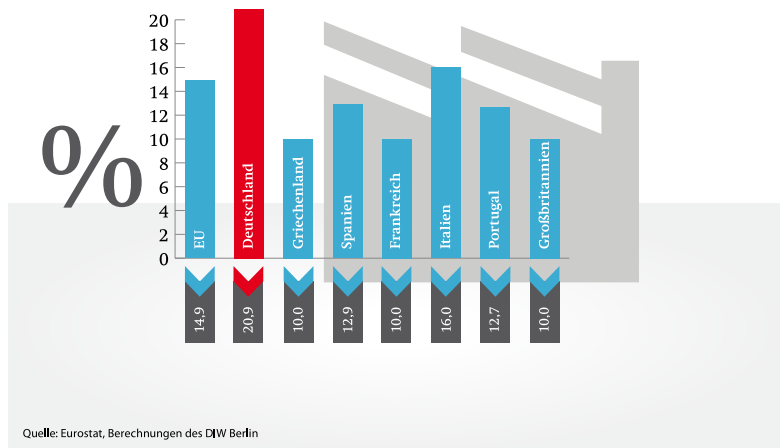
.....

Zukunftsfähig durch Nachhaltigkeit

Eine wichtige Rolle spielt im Rahmen sozialdemokratischer Industriepolitik auch das Thema Nachhaltigkeit. Wer zukunftsfähig wirtschaften will, muss auf ökonomische Effizienz ebenso setzen wie auf soziale Balance. Und er darf nie die hohe Bedeutung einer effizienten Nutzung und Schonung der natürlichen Ressourcen aus den Augen verlieren.

.....

Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Ländern der EU (2010)



Impulse für die Modernisierung – Ausweg aus Europas Krise

Angesichts der zukünftigen Herausforderungen brauchen wir eine aktive Industriepolitik, die die Chancen des Strukturwandels ergreift und zielgerichtete Maßnahmen entwirft. Eine Modernisierung der Industrie ist für Deutschland unverzichtbar – mit Blick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit ebenso wie auf Wohlstand und sichere Arbeitsplätze. Nur durch eine modernisierte Industrie können wir den zukünftigen Herausforderungen in den Bereichen Mobilität, Wohnen und Energie gerecht werden.

Dabei brauchen wir auch den Blick über den nationalen Tellerrand hinaus: Wir müssen der europäischen Krise mit einem Erneuerungsprogramm (European Industrial Recovery Program) begegnen, das in die industrielle Modernisierung investiert. Unverzichtbar ist auch ein europäischer Dialog mit allen Stakeholdern, insbesondere Gewerkschaften und Sozialpartnern.

IMPULSE FÜR DEN STANDORT DEUTSCHLAND

Sozialdemokratische Forderungen

Mit dem im Januar 2012 vorgelegten Positionspapier „Impulse für den Standort Deutschland“ will die SPD-Bundestagsfraktion den Diskurs über die Modernisierung der deutschen Industrie voranbringen. Im Rahmen eines Branchendialogs haben wir 2011 bereits intensive Gespräche über industriepolitische Handlungsfelder mit Unternehmensvertretern verschiedener Branchen geführt.

Nun schlagen wir konkrete Maßnahmen vor. Sie betreffen eine Verbesserung der Standortbedingungen, die Sicherung des Fachkräftebedarfs sowie die Gestaltung einer sozialen und nachhaltigen Arbeitswelt. Darüber hinaus befassen wir uns mit der Gewährleistung der Energie- und Rohstoffversorgung, technologischen Innovationen und einer koordinierten (Industrie-)Politik. Unser Finanzierungskonzept wiederum sichert die beschriebenen Investitionen in den einzelnen Bereichen. Das Positionspapier ist unter www.spdfraktion.de/industriepolitik abrufbar.

Wir zeigen damit: Die sozialdemokratische Industriepolitik ist Politik für einen neuen Fortschritt. Wir stehen zum Industriestandort Deutschland. Und wir wollen, dass er auch im Jahr 2020 und darüber hinaus noch erfolgreich ist.

INVESTITIONEN UND INFRASTRUKTUR

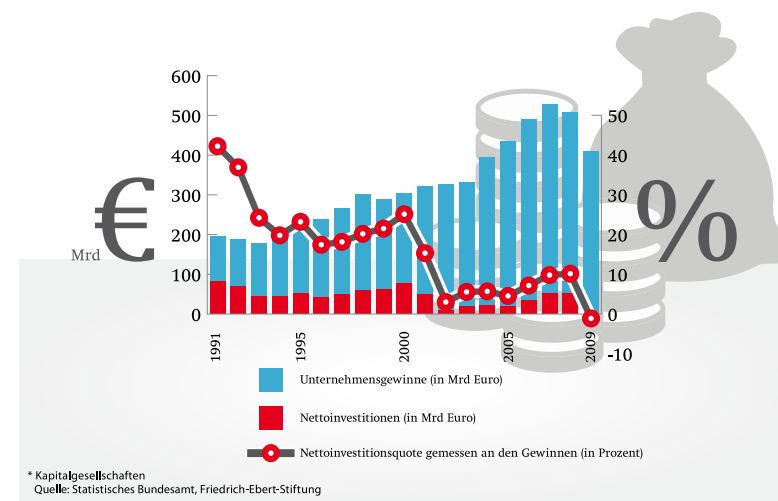
Standortbedingungen verbessern

Gezielte Investitionen in Infrastruktur und Modernisierung sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Industrie von morgen. Ob bei Energie, Verkehr oder Telekommunikation – der Staat muss die passenden Rahmenbedingungen schaffen, die eine zügige Modernisierung gewährleisten. Die Energiewende bietet hier eine einzigartige Chance: Wir müssen jetzt den Umbau des Energiesystems konsequent fortsetzen und die nötigen Infrastrukturinvestitionen auf den Weg bringen.

Impulse für bessere Standortbedingungen in Deutschland:

- Wir brauchen eine koordinierte Investitionspolitik, die sich an Leitmärkten und Leitttechnologien orientiert, sowie ein Impulsprogramm für Investitionen zur Modernisierung der Infrastruktur. Dies betrifft ein schnelles Breitbandnetz für alle und eine gute Verkehrsinfrastruktur ebenso wie die Schaffung eines intelligenten Energienetzes, das den Ausbau der erneuerbaren Energien bewältigt. Die Modernisierung der Übertragungs- und Verteilnetze ist eine zentrale Aufgabe der kommenden Jahre. Sie benötigt beschleunigte Entscheidungsprozesse und Planfeststellungsverfahren.
- Wir brauchen einen neuen gesellschaftlichen Konsens über Modernisierung und Ausbau der Infrastruktur sowie damit verbunden eine umfassende und frühzeitige Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Planung neuer Infrastrukturvorhaben. Nur wenn der Bedarf für solche Vorhaben transparent und unter Beteiligung der Öffentlichkeit ermittelt und festgelegt wird, können mangelnde Akzeptanz oder sogar Widerstand vor Ort überwunden werden. In diesem Zusammenhang ist eine aktive Mitwirkung aller beteiligten Akteure aus Gesellschaft, Unternehmen und Politik unerlässlich – und auch die Verlässlichkeit ihrer Entscheidungen.
- Wir brauchen Investitionen in die Modernisierung der Produktionsstätten. Notwendig sind darüber hinaus eine gezielte steuerliche Förderung von real investierenden Unternehmen sowie verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten oder Investitionszulagen für besonders erwünschte Investitionen, vor allem im Bereich der Energie- und Ressourceneffizienz.

Unternehmensgewinne und Nettoinvestitionen seit 1991*



- Wir brauchen in der Übergangszeit bis zur Vollversorgung mit erneuerbaren Energien Maßnahmen für den schnelleren Bau von Kraftwerkskapazitäten, die mit dem wachsenden Anteil erneuerbarer Energien kompatibel sind. Zusätzlich brauchen wir die zügige Fertigstellung von im Bau befindlichen, rechtskräftig bewilligten Kraftwerken sowie einen Rückbau der stillgelegten Atomkraftwerke.
- Wir brauchen eine Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes bzw. eine Anreizregulierung, die Netzinvestitionen stimuliert und damit eine schnelle Vollversorgung mit dezentral erzeugten erneuerbaren Energien ermöglicht. Für die Erschließung von Energiespeichern brauchen wir zudem eine entsprechende Strategie.
- Wir brauchen eine Steigerung der Sanierungsquote, eine wärmietenneutrale Sanierung – und hierfür eine Verstärkung der KfW-Förderung zum energetischen Sanieren und Bauen, die auf zwei Milliarden Euro jährlich angehoben und dann schrittweise ausgebaut wird. Darüber hinaus soll die Umlagemöglichkeit bei Maßnahmen der energetischen Sanierung von 11 auf 9 Prozent gesenkt und auf die steuerliche Förderung bei selbstnutzenden Wohnungseigentümern zugunsten einer direkten Zulage verzichtet werden.

- Wir brauchen bessere Bedingungen für Auslandsinvestitionen – hierfür sollen die Zollabwicklung vereinfacht, die Hermes-Bürgschaften sowie die Garantien zur Absicherung von Auslandsinvestitionen geprüft werden. Zusätzlich müssen Entscheidungen über die Außenwirtschaftsförderung den Hermes-Umweltleitlinien von 2001 entsprechen. Diese beruhen auf sozialen und menschenrechtlichen Standards und schließen unter anderem den Export von Nukleartechnologie aus.

FACHKRÄFTE UND BILDUNG

Potenziale sichern

Gut ausgebildete Fachkräfte sind die Basis einer starken Industrie. Ihr produktionsbezogenes Know-how und Fachwissen sind vor dem Hintergrund zunehmend wissensbasierter Industrieprozesse ein unschätzbares Potenzial, das gesichert und weiterentwickelt werden muss. Der demografische Wandel wird den Wettbewerb um die hochqualifizierten Fachkräfte spürbar verschärfen. Politik und Unternehmen müssen daher den Arbeitsmarkt der Zukunft gestalten – differenziert und vorausschauend.

Impulse zur Sicherung des Fachkräftebedarfs:

- Wir brauchen eine gemeinsame Allianz gegen den Fachkräftemangel von Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik sowie die Einrichtung bzw. den Ausbau regionaler Fachkräftedialoge zur Entwicklung regionaler Strategien.
- Wir brauchen eine Berücksichtigung geänderter Anforderungsprofile und neuer Berufsbilder bei der Novellierung von Ausbildungsordnungen. Denn: Die Anforderungen in der Industrie wandeln sich, neue Qualifikationen werden benötigt – etwa infolge des Umbaus unseres Energiesystems. Daher brauchen wir auch angepasste Fort- und Weiterbildungsangebote für die Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer in den betroffenen Branchen.
- Wir brauchen eine bessere Förderung im Bereich Bildung. Im Fokus steht eine verstärkte Aus- und Weiterbildung für Beschäftigte während des gesamten Erwerbslebens, aber auch die Förderung behinderter Beschäftigter.

Verarbeitendes Gewerbe und Bergbau,
Deutschland, 2010

4,99 Mio.

Beschäftigte

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

- Wir brauchen ein Recht auf Ausbildung – für die etwa 1,5 Millionen Jugendlichen ohne Schul- und Berufsabschlüsse ebenso wie für die mindestens vier Prozent erwachsenen Analphabeten, die besser gefördert werden müssen.
- Wir brauchen Anreize und eine bessere Unterstützung für berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahmen bis hin zum Studium. Dafür muss das Bildungssystem zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung durchlässiger sowie eine ausreichende Zahl von Studienplätzen zur Verfügung gestellt werden. Zur spürbaren Verbesserung der Übergänge brauchen wir zudem eine bessere Studierendenbetreuung und eine besondere Unterstützung in der Studieneingangsphase.
- Wir brauchen eine familien- und gleichstellungsorientierte Arbeitszeit- und Personalpolitik sowie verbesserte Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer. Darüber hinaus brauchen wir bessere Erwerbschancen für Frauen, für ältere Fachkräfte sowie für Migrantinnen und Migranten.

- Wir brauchen eine höhere Erwerbsbeteiligung von Bevölkerungsgruppen, deren Potenziale noch nicht vollständig ausgeschöpft sind. Die Unternehmen sind gefordert, entsprechende betriebliche und überbetriebliche Maßnahmen zu entwickeln. Insbesondere mit Blick auf geringqualifizierte und behinderte Beschäftigte brauchen wir zudem gezielte Weiterbildungsinitiativen.
 - Wir brauchen Unternehmen, die mehr als bisher die Qualifikation und Leistungsfähigkeit älterer Beschäftigter ausbauen bzw. erhalten – etwa durch an die Lebensphasen angepasste Arbeitsbedingungen. Darüber hinaus brauchen wir die Anerkennung des Prinzips des lebenslangen Lernens sowie eine stärkere Förderung und Nutzung der Qualifizierung während des gesamten Erwerbslebens. Potenziale stecken auch in verstärktem Wissensmanagement sowie gezielten Wissenstransfers.
 - Wir brauchen einen Ausbau der betrieblichen Gesundheitsförderung durch die Unternehmen sowie eine Stärkung des betrieblichen Eingliederungsmanagements.
 - Wir brauchen eine abgestimmte Fachkräfteoffensive, mit der für MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) geworben wird. Ein Aktionsprogramm „Aufstieg Berufliche Bildung“ soll hier neue Aufstiegsmöglichkeiten schaffen – etwa über den direkten Zugang zum Masterstudium für Meister und Techniker.
 - Wir brauchen einen gemeinsamen Bildungspakt von Bund, Ländern und Gemeinden. Länder und Kommunen sollen so ausgestattet werden, dass sie ihren Teil zu einer nationalen Bildungsoffensive beitragen können. Zusätzlich brauchen wir mittelfristige Lösungen, um Bildungsinvestitionen im Sinne einer gemeinsamen Aufgabe auch gemeinsam leisten zu können.
 - Wir brauchen eine Weiterentwicklung des Einwanderungsrechts für eine gezielte Einwanderung, die bessere Anwerbung dringend benötigter Fachkräfte sowie ihre unkomplizierte Integration in den deutschen Arbeitsmarkt. Auch die Potenziale ausländischer Absolventen deutscher Hochschulen müssen besser genutzt werden. Diese Maßnahmen dürfen jedoch nicht zu Lasten der Entwicklung in den Herkunftsländern („Brain-Drain“) gehen.
 - Wir brauchen eine bessere Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen, einen Rechtsanspruch auf wohnortnahe sowie laufende Beratung im Verfahren für die Betroffenen sowie die Etablierung eines Rechtsanspruchs auf Nachqualifizierung.
-

UNTERNEHMENSVERANTWORTUNG UND BETEILIGUNG

Arbeitswelt gestalten

Wir wollen den Strukturwandel bewältigen? Die industrielle Wettbewerbsfähigkeit stärken? Innovationen fördern? Dann brauchen wir: gute Arbeit. Qualifizierung und faire Löhne sind nicht allein Kernpunkte der Sozialpolitik. Sie sind unverzichtbar für ein nachhaltiges Wachstumsmodell. Die Unternehmen haben hier einen Gestaltungsauftrag – für die Arbeitszeit und barrierefreie Arbeitsplatzgestaltung, für die Arbeitsplatzsicherheit sowie für Qualifizierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten. Für im Ausland tätige deutsche Unternehmen sind als Minimum die ILO-Kernarbeitsnormen und die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen verpflichtend.

Impulse für gute Arbeit, starke Sozialpartnerschaften und kooperative Unternehmensführung:

- Wir brauchen eine aktive Industriepolitik für Vollbeschäftigung und insbesondere die offensive Schaffung von ordentlichen Arbeitsplätzen. Für eine erfolgreiche Gestaltung des industriellen Wandels brauchen wir zudem verbindliche Branchendialoge aller Beteiligten.
- Wir brauchen eine Verhinderung des Missbrauchs von Leiharbeit. Das heißt konkret: gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, eine Begrenzung der Verleihzeit sowie ein Verbot der Synchronisation und der konzerninternen Verleihung. Notwendig sind in diesem Zusammenhang außerdem eine Stärkung der Betriebsräte und Gewerkschaften sowie die Schaffung und Verbesserung von Weiterbildungsangeboten.
- Wir brauchen eine Reform der Mini-Jobs, die größere Anreize für die Aufnahme einer umfangreicheren Tätigkeit setzt und geringfügig Beschäftigte besser absichert.
- Wir brauchen einen flächendeckenden allgemeinen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde.
- Wir brauchen die Durchsetzung des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ sowie gleiche Arbeitsbedingungen für Männer und Frauen. Für mehr Frauen in Führungspositionen ist außerdem eine Quote von 40 Prozent für Aufsichtsräte und Vorstände notwendig.

Verarbeitendes Gewerbe und Bergbau,
Deutschland, 2010

21.910

Betriebe

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

- Wir brauchen die Weiterentwicklung von Arbeits- und Gesundheitsschutz auch im Sinne der Humanisierung der Arbeitswelt.
- Wir brauchen eine Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung. Diese soll nicht erst bei Arbeitslosigkeit reagieren, sondern bereits während der Beschäftigung durch Bildungsangebote die Beschäftigungsfähigkeit erhalten.
- Wir brauchen eine Stärkung der Mitarbeiterbeteiligung am Produktivkapital. Die Mitbestimmung der Beschäftigten ist sicherzustellen. Denn Wirtschaftsdemokratie ist Basis einer guten Unternehmenskultur sowie Grundlage für Wettbewerbsvorteile und wirtschaftlichen Erfolg. Und: Je mehr Beschäftigte in den Prozess der Modernisierung der Industrie einbezogen werden, desto erfolgreicher wird sie sein.

- Wir brauchen geeignete Rahmenbedingungen und ein positives Umfeld für Corporate Social Responsibility (CSR) sowie eine verbindliche Berücksichtigung gesellschaftlicher Verantwortung durch Unternehmen. Dazu gehört neben der fairen Behandlung, Förderung und Beteiligung der Beschäftigten sowie dem Eintreten für einen fairen Wettbewerb auch die Leistung eines positiven Beitrags für das Gemeinwesen. Die gesellschaftliche Verantwortung macht nicht an den Grenzen halt: Sie erfordert auch bei Auslandsaktivitäten die Einhaltung ökologischer, sozialer und menschenrechtlicher Standards.

Die Verantwortung der Unternehmen muss eingefordert und unterstützt werden: Wir brauchen Rechenschafts- und Transparenzpflichten zu sozialen und ökologischen Produktionsbedingungen im Kerngeschäft und entlang der Lieferkette. So sieht es der Entwurf der EU-Richtlinie für eine neue europäische CSR-Strategie vor.

ENERGIE UND ROHSTOFFE

Versorgung gewährleisten

Verlässlich, bezahlbar, nachhaltig – diese Attribute muss die Versorgung mit Energie und Rohstoffen erfüllen. Wir brauchen eine Energiepolitik, die Umwelt- und Klimazielen ebenso gerecht wird wie den Ansprüchen an die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die Energiewende bietet dabei vielfältige Chancen für die deutsche Industrie und zahlreiche Herausforderungen für moderne Industriepolitik.

Impulse für eine sichere, bezahlbare und nachhaltige Versorgung mit Energie und Rohstoffen:

- Wir brauchen einen Masterplan zur Umsetzung der Energiewende. Dazu gehört auch eine zielgerichtete Energieforschung.
- Wir brauchen einen Aktionsplan zur Steigerung der Energie-, Rohstoff- und Materialeffizienz durch geeignete Förderung. Ressourcen- bzw. flächenschonende Produktion, die nicht auf fossilen Kohlenstoffquellen beruht, muss zur Regel werden – angesichts des Klimawandels ebenso wie mit Blick auf zurückgehende Rohstoffvorräte bei steigendem Bedarf.
- Produzierende Unternehmen müssen schrittweise Energie- und Rohstoffmanagementsysteme einführen sowie die identifizierten Potenziale umsetzen. Wir brauchen eine Effizienzinitiative sowie ein Hocheffizienzgesetz, damit 20 Prozent des heutigen Primärenergiebedarfs bis 2020 eingespart werden können. Erforderlich sind darüber hinaus ein umfassendes Recycling- und Pfandsystem für Rohstoffe und Materialien sowie der Ausbau des Anteils der Kraft-Wärme-Kopplung an der gesamten Stromversorgung auf mindestens 25 Prozent bis 2020.
- Wir brauchen einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien. Er bietet erhebliche Potenziale für Wachstum und Beschäftigung. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz muss beibehalten, Ausbauhindernisse müssen beseitigt werden. Zusätzlich brauchen wir verkürzte Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Netzausbau sowie eine frühzeitige und umfassende Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in den Prozess.
- Wir brauchen die Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen. Hierfür ist die unabhängige Überwachung der Preis- und Kostenentwicklung ebenso erforderlich wie Grundlaststrom zu akzeptablen Preisen. Darüber hinaus muss die Regelung zur angemessenen Vergütung der durch die stromintensiven Industrien bereitgestellten und von den Netzbetreibern

genutzten zu- und abschaltbaren Lasten sachgerecht umgesetzt werden. Die energieintensive Industrie muss zudem von direkten und indirekten Kosten im europäischen Emissionshandel befreit werden, wenn eine signifikante Wettbewerbsintensität mit dem außereuropäischen Wirtschaftsraum nachweisbar ist. Dies wurde bereits 2008 in der Großen Koalition beschlossen.

- Wir brauchen eine Stärkung des Marktes für Energiedienstleistungen und eine Beseitigung von Hemmnissen in diesem Bereich, etwa in Bezug auf das Ordnungsrecht. Erforderlich ist auch eine Qualifizierungs-Offensive zur besseren Schulung von Architekten, Planern und Handwerksbetrieben.
- Wir brauchen eine sichere Rohstoffversorgung der Industrie. Zwar sind auch die Unternehmen in der Pflicht, durch eine höhere Ressourceneffizienz die Importabhängigkeiten zu senken. Doch auch darüber hinaus besteht Handlungsbedarf – national wie international. So brauchen wir neben dem Abbau von nichttarifären und WTO-widrigen Exportbeschränkungen auch Regeln zur Eindämmung von Rohstoffspekulation auf den Finanzmärkten. Gemeinsam mit der Wirtschaft müssen wir neben einer verbesserten Effizienzstrategie zudem zukunftsorientierte Strategien zur Rohstoffsicherung entwickeln und umsetzen.
- Handlungsbedarf besteht auch bei der Rohstoffförderung und -gewinnung sowie mit Blick auf die Erhöhung der Recyclingquoten für wichtige Rohstoffe und ein einheitliches Zertifizierungssystem für Rohstoffförderung und -handel entlang der gesamten Lieferkette. Die Einhaltung von Menschenrechten sowie sozialen und ökologischen Mindeststandards ist unerlässlich; die Ziele der Internationalen Rohstofftransparenz-Initiative EITI müssen in nationale und internationale Gesetze und Normen integriert werden. Darüber hinaus brauchen wir eine projektbezogene Offenlegung aller Transaktionen im Bereich Rohstoffhandel, so wie es die in den USA dazu bestehenden Regeln fordern.
- Damit Rohstoffe in Zukunft substituiert werden können und ihre Rückgewinnung erhöht werden kann, braucht die Forschung und Entwicklung zusätzliche Mittel. Darüber hinaus müssen wir Lehrstühle, Institutionen und Unternehmen vernetzen. Wir brauchen Rohstoffpartnerschaften mit Liefer- und Transitländern sowie den Schutz der sensiblen Märkte und Produkte der am wenigsten entwickelten Länder durch eine Ausnahmeregelung beim Rohstoffhandel.

Verarbeitendes Gewerbe, Deutschland, 2010

49,74 Mrd. Euro

**Ausgaben für Forschung
und Entwicklung**

(Quelle: Wissenschaftsstatistik Stifterverband)

TECHNOLOGIE UND INNOVATION

Fortschritt ermöglichen, Mittelstand stärken

Erfolgreich wachsen, den ökonomischen und ökologischen Herausforderungen gerecht werden, gesellschaftlichen Veränderungen gewachsen sein. Das erfordert ohne Zweifel technologischen Fortschritt. Wir brauchen Innovationen – und eine Innovationspolitik, die den technologischen Wandel in den Märkten durch geeignete Infrastrukturen unterstützt und damit Wachstumsimpulse setzt. Dabei muss stets ein besonderes Augenmerk auf dem Mittelstand liegen. Denn hierzulande sind gerade die kleinen und mittleren Unternehmen die Basis wirtschaftlicher Dynamik.

Impulse zur Sicherung der technologischen Leistungsfähigkeit:

- Wir brauchen eine effektive Vernetzung bestehender und neuer Industrien. Denn: Voraussetzung für Innovationen ist die Beteiligung der gesamten Wertschöpfungskette – von der industriellen Grundstoffproduktion bis zum hochspezialisierten Hightech-Mittelständler.
- Wir brauchen für den Standort Deutschland die Weiterentwicklung von IT-Infrastruktur. Denn: Digitalisierung und Vernetzung spielen heute in Unternehmensstrukturen und Produktionsabläufen eine bedeutende Rolle. Die Softwareindustrie hat hierzulande nicht nur mit Blick auf Arbeitsplätze und neue Geschäftsmodelle großes Potenzial. Gleichzeitig gibt sie als Querschnittstechnologie wichtige Impulse auch für andere Wirtschaftszweige.
- Wir brauchen eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Innovationsanstrengungen und Umstrukturierungsprozessen. Denn: Das Know-how der Beschäftigten ist der Motor für Innovation. Dabei gilt es auch, dieses so einzusetzen, dass der Strukturwandel sozial nachhaltig bewältigt wird.
- Wir brauchen zusätzliche Mittel für die Erforschung und Entwicklung hocheffizienter Technologien sowie eine verstärkte Forschung und Entwicklung für Stromspeichertechnologien und für Technologien, die Menschen mit Behinderung die Teilhabe am Arbeitsleben ermöglichen bzw. erleichtern.
- Wir brauchen eine Förderung regionaler Netzwerke und Cluster zur industriellen Schwerpunktsetzung sowie einen stärkeren Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis. Wo sich Partner aus Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung in Innovationsbündnissen zusammenschließen, entsteht Fortschritt.

- Wir brauchen eine Initiative zur Schaffung von mehr Technikverständnis. Dieses muss insbesondere in frühkindlicher und schulischer Bildung stärker gefördert werden.
 - Wir brauchen eine Innovationsstrategie für den Mittelstand zur Förderung seiner Innovationsfähigkeit. Dazu gehört vor allem eine steuerliche Forschungsförderung mit der Einführung von Steuergutschriften, die jedoch nicht zu Lasten der Projektförderung gehen darf. Für eine Stärkung des industriellen Mittelstands ist darüber hinaus die Umsetzung des nationalen und des europäischen Programms zum Abbau bürokratischer Informationspflichten um 25 Prozent erforderlich.
 - Wir brauchen die Sicherstellung der Mittelstandsfinanzierung sowie eine breite Gründungsförderung – insbesondere im technologieorientierten und wissensbasierten Bereich. Innovationen haben ihren Ursprung oft in jungen Unternehmen, doch es steht zu wenig privates Beteiligungskapital zur Verfügung. Der Liquiditätsbedarf der mittelständischen Wirtschaft muss zu annehmbaren Konditionen gesichert, die Rahmenbedingungen für private Beteiligungsgesellschaften müssen geprüft werden.
 - Wir brauchen eine Außenwirtschaftsförderung, die die Internationalisierungsanstrengungen des industriellen Mittelstands unterstützt. Dazu gehört auch ein erleichterter Zugang zu den europäischen Förderprogrammen durch eine Flexibilisierung der europäischen KMU-Definition insbesondere im Bereich der Forschungsprogramme.
-

ABSTIMMUNG UND ZUSAMMENFÜHRUNG

Politik koordinieren

Industriepolitik braucht Vernetzung: Sie muss branchen-, ressort- und nationenübergreifend gedacht werden. Nur eine integrierte Politik, die unterschiedliche Ebenen und Sektoren im Auge behält, regionale und nationale Anforderungen ebenso beachtet wie europäische, wird unserem Industriestandort gerecht. In Zeiten eines sich verschärfenden internationalen Wettbewerbs sowie knapper werdender Rohstoffe braucht die deutsche Industrie eine starke, europäische Politik. Zusätzlich sind deutsche Unternehmen auf eine schlüssige Handelspolitik mit verlässlichen Rahmenbedingungen und fairen Handelsregelungen im globalen Maßstab angewiesen.

Impulse für eine konzertierte Politik:

- Wir brauchen die Bündelung zentraler industriepolitischer Kompetenzen auf nationaler Ebene, eine verbesserte Koordination industriepolitischer Belange sowie die Zusammenführung bisher nicht zweckmäßig verteilter Zuständigkeiten. Industriepolitik muss von der Bundesregierung ressortübergreifend koordiniert werden. Hierzu brauchen wir die Bündelung zentraler industriepolitischer Kompetenzen in einem Ministerium sowie eine bessere Koordinierung wichtiger Bereiche der Forschungs- und Förderpolitik. Darüber hinaus müssen die Interessen von Städten, Regionen und Ländern mehr als bislang in die industriepolitische Gesamtausrichtung einfließen.
- Wir brauchen eine Industriepolitik, die auch auf europäischer Ebene die Interessen unseres Landes und der Unternehmen angemessen vertritt und in eine gesamteuropäische Industriepolitik einbettet. Zusätzlich brauchen wir in Europa eine bessere Koordination und eine Verzahnung der Industriepolitik mit anderen Politikfeldern wie Umwelt-, Handels- und Strukturpolitik sowie eine stärkere Berücksichtigung ihrer Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit.
- Wir brauchen klare Zielvorstellungen für die europäische Industrie – etwa mit Blick auf die Energie- und Ressourceneffizienz – und verlässliche Rahmenbedingungen. Bei der Umstellung auf eine emissionsarme und ressourceneffiziente Wirtschaft muss die europäische Industrie eine Führungsrolle übernehmen.

- Wir brauchen eine stärkere Förderung der Mobilität von Beschäftigten auf dem europäischen Arbeitsmarkt zur Sicherung des Fachkräfteangebots. Hier sind insbesondere entsprechende Regelungen zur Anerkennung von Qualifikationen notwendig.
 - Wir brauchen eine stärkere Koordinierung der Körperschaftssteuer in Europa durch die Einführung einheitlicher Bemessungsgrundlagen und Steuerkorridore sowie eine angemessene Neustrukturierung und Regulierung des Finanzsektors. Diese darf nicht die Refinanzierung der Realwirtschaft sowie die unternehmerische Risikoabsicherung gefährden.
 - Wir brauchen eine engere und wirksamere Verzahnung der EU-Rohstoffinitiative und der deutschen Rohstoffpolitik – mit Blick auf Rohstoffimporte aus dem Ausland sowie auf das Recycling und den Zugang zu heimischen Primärrohstoffen. Für eine höhere Energie-, Rohstoff- und Materialeffizienz muss außerdem die Einführung eines Top-Runner-Systems vorangetrieben werden.
 - Wir brauchen eine Stärkung des multilateralen Handelssystems der WTO und einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde. Beim Marktzugang für Industriegüter benötigen wir einen schnellen Kompromiss. Zusätzlich muss der Marktzugang für Güter aus Entwicklungsländern nach Europa verbessert werden. Der Schutz sensibler Produkte und Märkte bleibt davon unberührt, damit eine nachhaltige Entwicklung lokaler Märkte in diesen Ländern möglich bleibt.
 - Wir brauchen einen verbesserten Marktzugang für die Industrie durch bilaterale Freihandelsabkommen insbesondere mit wachstumsstarken Schwellenländern in Asien und Lateinamerika.
 - Wir brauchen einen verstärkten internationalen Schutz des geistigen Eigentums. Dazu gehören die konsequente Verfolgung von Produktpiraterie auch durch Streitbeilegungsverfahren der WTO, die Verankerung entsprechender Regelungen auch in bilateralen Abkommen der EU sowie insbesondere die erleichterte Verfolgung von Verstößen durch die betroffenen Unternehmen. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf menschenrechtlichen Grundsätzen liegen. So muss etwa die Versorgung von Entwicklungsländern mit preiswerten Generika gewährleistet sein.
 - Wir brauchen weiterhin eine konsequente Prüfung vorhandener Subventionen auf allen staatlichen Ebenen. In den Fokus gehört ein Abbau schädlicher Subventionen ebenso wie der Umbau zu ressourcensparenden Anreizen.
-

Das industriepolitische Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion „Impulse für den Standort Deutschland“ vom Januar 2012 ist abrufbar unter www.spdfraktion.de/industriepolitik